



AfD Fraktion Offenbach Berliner Straße 100 63065 Offenbach a.M.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Färber

im Hause

AfD Fraktion Offenbach
Rathaus
Berliner Straße 100
63065 Offenbach am Main
Tel: 069 / 80 65 35 08
Fax: 069 / 85 65 35 09
E-Mail: afd-fraktion@offenbach.de

Offenbach, den 12.09.2018

Antrag

Offenbacher Grüne Welle

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Offenbach möge prüfen und berichten,

- inwieweit die innerstädtischen Ampelschaltungen zur Verbesserung des Verkehrsflusses, insbesondere auf den Hauptverkehrsstraßen, dergestalt optimiert werden können, dass, abhängig von der Tageszeit, ein schneller und stetiger Verkehrsfluss in die Stadt hinein (morgens), als auch wieder hinaus (abends), sowie um die Innenstadt herum (Rhönstraße, Spessart-, Taunus- und Odenwaldring) gewährleistet wird,
- inwieweit dadurch Verbesserungen der Schadstoffwerte in der Luft erzielt werden könnten.

Begründung:

Die Probleme der Stadt Offenbach hinsichtlich der Einhaltung der Grenzwerte zur Reinhaltung der Luft sind hinlänglich bekannt.

Nachdem aufgrund der willkürlichen Festlegung der Abgasgrenzwerte durch die EU erhebliche Einschränkungen für die Autofahrer in der Stadt

drohen, die bis hin zu Fahrverboten, bzw. Verboten der Nutzung von Fahrzeugen bestimmter Motoren und Bauarten, bzw. -jahren drohen, sollten seitens der Stadt alle denkbaren Möglichkeiten ausgeschöpft werden, Zwangsmaßnahmen zu vermeiden.

Dazu gehört den Verkehr fließender zu gestalten, d.h. für einen stetigen (Ab-) Fluss des Quell- und Zielverkehrs in der Stadt zu sorgen. Die sogenannte "Grüne Welle" stellt hierfür eine nicht zu vernachlässigende Größe dar, denn nichts verursacht mehr Abgase wie die laufenden Motoren der im täglichen Stau stehenden Fahrzeuge.

Pförtnerampeln und ähnliche Maßnahmen um den Verkehr einzuschränken und in seinem Fluss zu behindern, sind nicht dafür geeignet, den heutigen Anforderungen einer umweltgerechten Steuerung des Straßenverkehrs gerecht zu werden.

Die ideologisch bedingte Gängelung oder gar Verteufelung des motorisierten Individualverkehrs ist hierbei der falsche Ansatz und wird von der antragstellenden Fraktion abgelehnt.

Antragstellerin: Christin Thüne, Stadtverordnete